

Deutschland und Polen am Beginn des 21. Jahrhunderts

Roland Freudenstein

Erstes Bild: 20. Juli 2002, Exerzierplatz vor dem Bendlerblock in Berlin. Rekrutengelöbnis. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist ein polnischer Präsident bei einem solchen Ereignis anwesend. Originalton Aleksander Kwasniewski:

„Claus [Graf] Stauffenberg, der in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli 1944 an diesem Ort ums Leben kam, hat den höchsten Preis bezahlt für seinen Widerstand gegen den Totalitarismus, für seinen Glauben, dass Deutschland ein Land sein kann, in dem die Majestät des Rechts regiert ... Er hat Deutschland und ganz Europa das ethische Testament des Bürgers in Uniform hinterlassen.“

Zweites Bild: 30. Oktober 2002. Im polnischen Sejm wird zum wiederholten Mal der Verkauf des Warschauer kommunalen Energieversorgers Stoen an die deutsche RWE debattiert, nachdem der erste Sitzungstag Mitte des Monats in Tumulten endete. Dabei werfen die populistischen und nationalklerikalen Teile der Opposition der Regierung zunächst vor, das polnische Staatsunternehmen zu billig verkauft zu haben (ein Klassiker unter den Vorwürfen seit Beginn der Transformation 1989); im Grunde war aber die Tatsache entscheidend, dass es an ein ausländisches Unternehmen gegangen war. Und wiederum eine Bewusstseinssebene tiefer zählte einzig und allein, dass an eine deutsche Firma verkauft wurde. Hierzu der Abgeordnete Zdzisław Jankowski von der radikalen „Samoobrona“ (Selbstverteidigung):

„Vor 58 Jahren, im Oktober, hat Warschau kapituliert ... Noch sind in Warschau nicht alle Spuren der Barbarei des letzten Krieges verschwunden, da wird zum Nutzen des Schatzministeriums der nächste schändliche Akt der Selbstaufgabe unterschrieben, und zwar gegenüber der deutschen Firma RWE, der die Energieversorgung der Hauptstadt zum Schleuderpreis in den Rachen geworfen wird.“

Bandbreite der Wahrnehmung

Beide Bilder, beide Zitate, beide Situationen markieren die ganze Bandbreite polnischer Deutschlandperzeptionen. Zwischen ihnen liegen Welten. Präsident Kwasniewskis Worte wie überhaupt seine Anwesenheit bei einem deutschen Rekrutengelöbnis stehen für den Willen zu einer zukunftsgerichteten Partnerschaft. Die Kategorien, in denen der Abgeordnete der Samoobrona denkt, können sich von der schlimmsten Phase der deutsch-polnischen Beziehungen nicht lösen. Beide Auffassungen koexistieren im heutigen Polen miteinander. Bei allen Unterschieden haben sie ihre generelle Symbol- und Geschichtslastigkeit gemeinsam und ganz besonders den Bezugspunkt Zweiter Weltkrieg.

Ähnliche Perzeptionsunterschiede der Beziehungen ließen sich übrigens auch auf der deutschen Seite finden – und sei es zwischen der Auffassung von Politikern wie Helmut Kohl, Volker Rühe, Rita Süssmuth, Friedbert Pflüger („Polen, unser Frankreich im Osten“) und den Vorurtei-

len über Autodiebe, Schwarzarbeiter und Prostituierte, die man an deutschen Stammtischen hören kann. Diese Bandbreite muss man zur Kenntnis nehmen. Sie ist Bestandteil deutsch-polnischer Realität.

Drei Grundtatsachen

Dabei muss jede strukturierte Analyse der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland von drei Grundtatsachen ausgehen:

1. Die Zeit bis zum 19. Jahrhundert war viel eher von Zusammenarbeit als von Konflikt geprägt: die mittelalterliche Ostwanderung deutscher Handwerker und Kaufleute, die bis heute in zahlreichen Germanismen der polnischen Sprache ihre Spuren hinterlassen hat, die Zeit der sächsischen Kurfürsten August des Starken und August II., die zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Personalunion Könige von Polen waren, bis hin zur Polenbegeisterung der deutschen Liberalen auf dem Hambacher Fest 1832. Allerdings muss gesagt werden, dass über den größten Teil dieser Zeit hinweg von Nationalstaaten im modernen Sinne natürlich nicht die Rede sein konnte.

2. Im Zweiten Weltkrieg hat das Deutsche Reich in seiner fünfeinhalbjährigen Besatzungszeit den ernsthaften Versuch unternommen, die polnische Nation für immer zu beseitigen. Bei aller Unvergleichbarkeit des Schicksals der europäischen Juden in dieser Zeit – das der Polen kommt ihm noch am nächsten. Die Erinnerung an diese Tatsache mag in Deutschland in den letzten Jahrzehnten und noch stärker vielleicht im Zuge der Vertreibungsdiskussion der letzten Jahre verblasst sein. In Polen ist sie noch sehr lebendig.

3. Ermöglicht durch den Grenzvertrag vom November 1990 und den Nachbarschaftsvertrag vom Juni 1991, hat sich seit der europäischen Wende zwischen beiden Ländern in Wirtschaft, Politik und in

zahllosen Städtepartnerschaften, Begegnungen und kleinen Initiativen eine Zusammenarbeit entwickelt, die bei allen Schwächen, Rückfällen und Asymmetrien die erste Chance seit Beginn der Moderne bietet, eine echte Partnerschaft entstehen zu lassen.

Die neunziger Jahre

Die Entwicklung nach 1989 wäre nicht so schnell gegangen, hätte sie nicht auf persönlichen und institutionellen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland aufbauen können, deren Grundlagen in der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalitionen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt gelegt wurden und die auch die CDU/CSU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl nach 1982 weiterführte. Polens Solidarność-Bewegung wiederum, die ihrerseits Papst Johannes Paul II. viel verdankt, spielte bei der Aufhebung der deutschen Teilung auch deswegen eine so entscheidende Rolle, weil sie die Aufhebung der Teilung Europas als ureigenstes polnisches Interesse definierte.

Und so trafen nach 1991 in der Mitte Europas zwei Nachbarn aufeinander, die aus der Situation heraus wie füreinander geschaffen schienen: Hier das frisch vereinigte Deutschland Helmut Kohls, das erstmals seit Jahrhunderten nur noch von Freunden umgeben war, das sein eigenes Interesse in einer Vertiefung wie auch einer Erweiterung der Integration Europas sah und im Osten enorme wirtschaftliche Potenziale erkannte. Dort das erstmals seit 1939 unabhängige und freie Polen mit einem großen Aufholbedarf und einer sich schnell dynamisierenden Volkswirtschaft, für das bald die Devise galt, der „Weg nach Europa“ führe über Deutschland. Polens und Deutschlands gemeinsames Interesse an einem multilateral und supranational eingebundenen Deutschland und einer EU- und NATO-Mitgliedschaft Polens bildete den Kern

Am 17. Juni 1991 unterzeichnen der polnische Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki und Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn den Nachbarschaftsvertrag.

© Haus der Geschichte, Bonn



der Interessengemeinschaft, in der tagespolitische Differenzen absolut zweitrangig sind im Vergleich zu den entscheidenden Gemeinsamkeiten in Europa.

Dass nun seit einigen Jahren von diesem Aufbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen nichts mehr zu spüren ist und dass Warschaubesuche deutscher Bundeskanzler nicht mehr automatisch triumphale Züge annehmen – das bezeichnet wahrscheinlich einen länger andauernden Zustand. Und es bedarf der Erklärung.

Gründe für die Abkühlung

Am wichtigsten dabei ist die Vorbereitung auf die Osterweiterung der Europäischen Union – zu Anfang oder im Laufe des Jahres 2004. Die Beitrittsverhandlungen, die Fortschrittsberichte der Kommission – überall entstehen notwendigerweise kurzfristige Interessengengsätze

zwischen Deutschland und Polen, gerade weil die beiden Länder Nachbarn sind und weil sie schon so eng miteinander verflochten sind, dass (bei den bestehenden Einkommensunterschieden) Fragen wie Freizügigkeit und Grundstückskäufe für die öffentliche Meinung auf beiden Seiten relevant sind. Anders ausgedrückt, es verwundert nicht, dass die Bevölkerungen von Griechenland oder Portugal die Osterweiterung der EU mit wenig Interesse und noch weniger Befürchtungen entgegensehen: Sie fühlen sich weniger betroffen. In Deutschland jedoch grassiert die Angst vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, vor den Kosten in Form von Finanztransfers und vor einer Aufweichung des Euro und des *acquis communautaire* generell. Dem muss jede deutsche Regierung in den Verhandlungen Rechnung tragen, daher die „harte“ Haltung Berlins bei den Direktzahlungen für

polnische Landwirte (die im Beitrittsjahr nur 25 Prozent der Gelder ihrer westeuropäischen Kollegen erhalten und erst im Jahre 2013 gleichziehen sollen).

Auf polnischer Seite wiederum erhält die Befürchtung, womöglich für lange Zeit eine „Mitgliedschaft zweiter Klasse“ zu bekommen, immer wieder neue Nahrung. Unter der Landbevölkerung gibt es eine weit verbreitete Angst vor Strukturwandel, vor Grundstückskäufen angeblicher deutscher Investoren (mit dieser Angst stehen die Polen übrigens in Europa nicht allein), nationalklerikal eingestellte Polen befürchten Identitäts- und Souveränitätsverluste. Insgesamt sorgt man sich seit neuestem vor einer nach dem Beitritt womöglich mehrere Jahre andauernden Nettozahlerposition. Da ist es fast erstaunlich, dass die Umfragen immer noch signalisieren: Zirka siebzig Prozent derjenigen, die überhaupt an einem Beitrittsreferendum teilnehmen wollen, sind für den Beitritt. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die meisten Polen mit den Umständen des Beitrittes unzufrieden sind. Und da an der Weichsel die Auffassung herrscht, Berlin bestimme zu wesentlichen Teilen die gesamte Politik der EU, schlägt sich dieser Frust auf das deutsch-polnische Verhältnis nieder. So manche skeptische Äußerung Bundeskanzler Schröders zur Osterweiterung, gerade am Beginn seiner Amtszeit, hat hierzu beigetragen.

Ein zweiter Grund für die Abkühlung ist – zumindest auf polnischer Seite – die Rückkehr der Vergangenheit in den deutsch-polnischen Dialog. Natürlich waren die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges implizit immer präsent in den Beziehungen, aber sie waren doch – durch bewusste oder unbewusste Aussparung – zwischen 1991 und 1998 beiderseits aus dem Rampenlicht herausgehalten worden. Vor allem galten Fragen der deutsch-polnischen Vergangenheit bis 1998 deutscherseits höchstens als posi-

ver Ansporn. Sie gaben jedoch nicht Anlass, Bedingungen im Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU zu stellen. Das änderte sich mit den scharfen Worten der Vorsitzenden des Bundesverbandes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die Polen und andere Länder Mitteleuropas zu Entschädigung und Versöhnungsgesten aufforderte, andernfalls drohe ein Veto bei der Ratifizierung des EU-Beitrittes Polens. Dass Bundeskanzler Kohl diesen Worten im Frühsommer 1998 nicht widersprach und der Bundestag eine missverständliche Resolution zur Würdigung der Leistungen der Vertriebenen und Aussiedler verabschiedete, geriet zum deutsch-polnischen Debakel: Der polnische Sejm fasste eine Gegenresolution, in der er die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze klarstellte.

Die nächste Gelegenheit, bei der die Vergangenheit eine ungute Rolle spielte, war die späte Entschädigung der polnischen Zwangsarbeiter des Dritten Reiches. 1999 und 2000 wurde die öffentliche Diskussion in Polen (weniger in Deutschland) ganz wesentlich geprägt. Das Zögern der deutschen Unternehmen, die nur unter internationalem Druck zur Zahlung symbolischer Kompensationen bewegt werden konnten, ebenso wie die Verhandlungstechniken der polnischen Seite, die unter den internationalen Klägern klar die härtesten Mittel anwandte, belasteten die Beziehungen.

Schließlich wurden Anfang 2002 auch die Forderungen von CDU/CSU-Seite nach Entfernung der Beneš-Dekrete aus dem Rechtsbestand der Tschechischen Republik (und die neuerliche Verknüpfung dieser Frage mit der Frage des EU-Beitrittes Tschechiens) in Polen mit großer Sorge verfolgt. Zwar wurde Polen zunächst nicht genannt, doch die Implikationen, dass nämlich deutsche Parteien wieder Vergangenheitsfragen, zu denen in Mitteleuropa ganz andere Auffassungen beste-

hen, mit der Osterweiterung der EU in Verbindung bringen, wirkten an sich störend genug. Als dann Edmund Stoiber in deutschen und polnischen Medien mit einer Forderung nach einer Rücknahme der „Bierut-Dekrete“ (benannt nach dem polnischen kommunistischen Parteichef nach dem Krieg) zitiert wurde, brach der nächste Sturm der Entrüstung los.

All dies soll die Erfolge in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit nicht schmälern. Bei Handel und Investitionen, in den politischen Konsultationen, bei der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der gemeinsamen NATO-Mitgliedschaft, im Jugendaustausch: Auf all diesen Gebieten sind auch in den letzten fünf Jahren Fortschritte erzielt worden. Aber die Dynamik und der Optimismus der Neunziger sind nicht mehr da. Das ist teilweise Zeichen einer Normalisierung nach der Euphorie. Es ist aber auch Zeichen einer deutsch-polnischen Entfremdung, die alte Wurzeln hat und die uns noch lange begleiten wird.

Bestimmungsfaktoren in der Zukunft

Wie kann es weitergehen in den deutsch-polnischen Beziehungen? Welche Faktoren beeinflussen, welche Themen beherrschen in absehbarer Zukunft, also bis 2010, diese schwierige Nachbarschaft?

Versucht man, sich von der Ebene der unmittelbaren Tagespolitik zu lösen und tiefer liegende Grundmuster der deutsch-polnischen Beziehungen zu erkennen, dann kann man, auch aus dem Gesagten, eine Gruppe von Faktoren herausfiltern, die das deutsch-polnische Verhältnis aller Wahrscheinlichkeit nach bestimmen werden.

Die Psychologie der Asymmetrie

Größe, Wirtschaftsmacht, Lebensstandard, Einfluss – auf allen diesen Gebieten bestand zwischen Polen und Deutschland immer ein Unterschied und wird

auch für die voraussehbare Zukunft bestehen bleiben. Oft allerdings wird er von Deutschen und Polen unterschiedlich wahrgenommen – ähnlich wie die Meteorologie seit neuestem unterscheidet zwischen realer und gefühlter Temperatur (abhängig von Wind und Luftfeuchtigkeit), so ist auch das in Polen gefühlte Machtgefälle zu Deutschland besonders groß, viel größer wahrscheinlich als das reale. Dasselbe ließe sich wahrscheinlich aber auch über Elemente im deutschen öffentlichen Bewusstsein sagen, in denen Polen manchmal wie eine mittelalterliche Agrargesellschaft erscheint.

Daran schließt sich ein Grundproblem der Beziehungen an: das deutsche Desinteresse und das polnische Misstrauen, die viel mit Geschichte zu tun haben und die sich gegenseitig verstärken. Eng damit verbunden ist auch die genau gegensätzlich angelegte Neigung der beiden Gesellschaften, sich der Zeit anzunähern: die polnische Vorliebe für die Vergangenheit (die zum Beispiel schon im Bildungssystem mit hohem Status versehen wird und in der Deutschland nun einmal recht schlecht wekommt) und der im Vergleich dazu eminente deutsche Hang zu Zukunftsdebatten (in denen Polen in der Regel kaum eine Rolle spielt). Der gesamte Problemkomplex führt dazu, dass nicht nur laufend Missverständnisse entstehen, sondern dass auch nur selten ehrlich und unvoreingenommen über die gemeinsame Zukunft geredet wird. Erst wenn sich das bessert, hat eine strategische Partnerschaft eine Chance.

Multilaterale Einbettung und Innenpolitik

Von großer Bedeutung wird natürlich auch die Entwicklung des europäischen Umfeldes sein: Das ist in erster Linie die EU, im engeren Sinne vielleicht auch in Zukunft das Weimarer Dreieck Polen–Deutschland–Frankreich, oder auch wei-

tere Kleingruppen mit Deutschland und Polen als Teilnehmer. Ebenfalls wichtig und wegen der Anwesenheit der USA als Hauptakteur separat zu nennen ist der transatlantische Kontext.

Wird es gelingen, dass Polen und Deutschland in diesen verschiedenen Zusammenhängen gemeinsame Projekte vorstellen, oder werden sie womöglich zu Antagonisten, die mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten aufweisen?

Dass Innenpolitik nach 1989 in den internationalen Beziehungen eine immer wichtigere Rolle spielt, gehört inzwischen zu den globalen Binsenweisheiten. Da bildet das deutsch-polnische Verhältnis keine Ausnahme. Eine Besonderheit ist dabei ein in beiden Ländern ausgeprägtes Phänomen: Der Eindruck, dass wirtschaftliche und politische Eliten aus Eigennutz und/oder mangelndem Patriotismus über die Köpfe und gegen die ureigensten Interessen der Bevölkerungsmehrheit handeln, besteht bereits heute in beträchtlichen Teilen beider Gesellschaften. In Deutschland existiert diese Stimmung schon in Bezug auf den Euro und viele andere Fragen der europäischen Integration. In Polen prophezeien viele Beobachter, dass das Referendum über den Beitritt zur EU auch eine Vertrauensabstimmung über die eigene Elite wird. In beiden Ländern wird diese Elitenproblematik für die deutsch-polnischen Beziehungen von großer Bedeutung sein.

Zwar sind plebiszitäre Elemente in der deutschen Demokratie aus historischen Gründen sehr begrenzt, und es bestehen auch in der Parteienlandschaft noch starke Barrieren gegen nationalistischen Populismus, wie die Bundestagswahl 2002 gezeigt hat, aber das muss nicht in aller Zukunft so bleiben. In Polen sind auf beiden Gebieten, ebenfalls aus verständlichen historischen Gründen, die Hemmschwellen weitaus niedriger. In beiden Ländern kann sich ein aggressiver, anti-elitärer Po-

pulismus in Zukunft für die Beziehungen als große Belastung erweisen.

Demografie, Lebenswelten und Wirtschaft

Während Polens demografisches Hoch um die Jahrtausendwende auf den Arbeitsmarkt drängt, hat Deutschland diesen Punkt um zirka zwei Jahrzehnte hinter sich. Im Vergleich zu Polen ist Deutschland in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts eine rapide alternde Gesellschaft.

Langfristig kann das zwei Auswirkungen haben: Erstens ergänzen sich die beiden Demografien zwar theoretisch, praktisch aber ist hier, wie die Freizügigkeitsdebatte im Vorfeld der EU-Osterweiterung zeigt, erheblicher Sprengstoff für das deutsch-polnische Verhältnis enthalten. Zweitens mag auch das unterschiedliche Durchschnittsalter auf Eliten- wie Bevölkerungsebene (das in der polnischen Politik und Wirtschaft durch eine Vielzahl von Jungpolitikern und -managern als Spätfolge der Wende von 1989 noch verstärkt wird) auch zu erhöhten Verständnisunterschieden führen.

Der letzte Punkt leitet schon zu dem Faktor über, der in der deutsch-polnischen Literatur der letzten Jahre konsequent übersehen wurde: Die Gruppen, die in beiden Gesellschaften die Zukunft prägen werden, sind, obwohl einander durchaus ähnlicher als frühere Generationen, weniger selbstverständlich an den Beziehungen interessiert als bisherige Eliten im deutsch-polnischen Verhältnis, weil sie einen radikal anderen Lebens- und Erfahrungshintergrund haben mit viel größerer Betonung auf der eigenen Karriere und weniger durch Pathos mobilisierbarem Idealismus. Das Nachbarland wird für sie in genau dem Umfang interessant, wie es für sie persönlich von Interesse sein kann. Und da steht nicht nur Polen durch seine so wahrgenommene Rückständigkeit schlecht da, auch Deutschland ist für polnische auf-

strebende junge Menschen längst nicht der Wunschpartner Nummer eins (zum Beispiel im Vergleich zu angelsächsischen Ländern). Es wird also viel darauf ankommen, ob es gelingt, Polen in den Augen junger Deutscher mit Erfolg zu verbinden und Deutschland für junge Polen etwas weniger abweisend aussehen zu lassen.

Die Entwicklung der globalen und insbesondere europäischen Konjunktur könnte größere Auswirkungen haben als alle anderen Faktoren zusammen. Sollte zum Beispiel in Polen neben dem demografischen Hoch und der unausweichlichen Restrukturierung auch noch ein langanhaltender westeuropäischer Nachfragerückgang den Arbeitsmarkt heimsuchen und die Arbeitslosigkeit signifikant über zwanzig Prozent steigen, wäre ein populistischer *backlash* gegen die EU-Mitgliedschaft denkbar. Ebenso erheben sich jetzt schon bei den EU-Fünfzehn Tendenzen, die für die Beitrittsländer de facto materiell eine Mitgliedschaft zweiter Klasse vorsehen, was die integrationsfreundlichen Eliten in Polen in eine höchst problematische Lage bringt. Außerdem hat allein das schwache Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland in 2002/2003 eine direkte wachstumshemmende Auswirkung auf Polen. All das gilt mit umgekehrten Vorzeichen für weiteres wirtschaftliches Wachstum: Viele der gegenwärtigen Ängste und Komplexe würden durch ein breit gestreutes Wachstum abgefedert, Populismen geschwächt und eine zukunftsorientierte Denkweise gefördert.

Beherrschende Themen

Welche konkreten politischen Themen werden Kooperation und Interessenunterschiede im deutsch-polnischen Verhältnis beherrschen? Hier sind fünf Themenpakete zu unterscheiden:

EU-Beitritt: Er wird die nahe Zukunft überwiegend prägen und noch für erheblichen Konfliktstoff sorgen. Der momen-

tane Gegensatz basiert hauptsächlich auf den konträren Vorstellungen bei der Arbeitnehmer-Freizügigkeit, er besteht aber auch (in Deutschland weniger diskutiert) beim freien Kapitalverkehr, also der Frage der Grundstückskäufe durch Ausländer. Bisher kaum aufgetaucht ist das Thema der EU-Strukturhilfen vor und nach dem Beitritt, aber hier könnten, gerade in Anbetracht der Nettozahlerposition Deutschlands in der Fünfzehner-EU, noch intensive Dispute um Solidarität zwischen Reich und Arm in der EU aufkommen. Die Verstimmungen über die Agrar-Direktbeihilfen in der Endphase der Beitrittsverhandlungen im Herbst 2002 sprechen eine deutliche Sprache. Gleichzeitig ist allen Beteiligten (auch den südlichen Mitgliedstaaten in der EU) klar, dass Deutschland am meisten vom Erweiterungsprozess profitiert. Gegen 2007/2008 könnte dann Polens angestrebter Eintritt in die Euro-Zone noch für Gesprächsstoff sorgen. Polens EU-Beitritt und die deutsch-polnischen Beziehungen sind kommunizierende Röhren: in Bezug auf die Menge des dabei zu zerschlagenden Porzellans, aber auch im positiven Sinne als sich gegenseitig verstärkende Entwicklungen.

Aus der Vergangenheit resultierende Forderungen: Die Krise um die Zwangsarbeiter-Entschädigung 1999 bis 2001 hat gezeigt, wie plötzlich vergangenheitsbezogene Probleme zum Stolperstein werden und zumindest auf polnischer Seite die Stimmung nachhaltig trüben können. Die nächste große Streitfrage könnten nach dem EU-Beitritt Polens Ansprüche einzelner deutscher Vertriebener auf Rückgabe oder Entschädigung sein. Dass die Bundesregierung mit solcherlei Klagen nichts zu tun hat, macht die Situation nicht ungefährlicher.

Ein begrenztes Störpotenzial hätte auch noch die Frage der im Krieg aus Polen geraubten beziehungsweise auf heutigem polnischen Gebiet zurückgelassenen Kulturgüter. Besonders konflikt-

reich könnte eine Kombination aus historischer Argumentation und Appellen an die wirtschaftliche Solidarität Deutschlands werden, wenn 2005 Polen schon an den Entscheidungen über den EU-Haushalt ab 2006 teilnimmt.

Sicherheit und Menschenrechte: Die beiden Bereiche werden hier deswegen zusammen genannt, weil sich in all diesen Fragen, also vom NATO-EU-Verhältnis über die Rolle der USA in Europa bis zur Frage, was Russland für Europa bedeuten kann und soll, wie wichtig eine von Russland unabhängige Ukraine ist und welchen Stellenwert in den internationalen Beziehungen Osteuropas moralische Prinzipien und Menschenrechte haben, aktuelle oder potenzielle deutsch-polnische Meinungs- und Prioritätenunterschiede verbergen. In der Frage europäischer Sicherheitsstrukturen besteht weitgehend unabhängig von der jeweiligen polnischen Regierungskoalition eine hohe Wahrscheinlichkeit von enger polnisch-amerikanischer Kooperation. Allerdings gibt die Geschichte der deutschen Unterstützung für Polens NATO-Mitgliedschaft in den Neunzigern ein positives Beispiel auf diesem Gebiet. Auch ist die amerikanische Unterstützung beziehungsweise Tolerierung russischer Positionen in der Terrorismusbekämpfung und im Tschetschenien-Krieg, wie zuletzt während der Moskauer Geiselnahme Ende Oktober 2002, in polnischen Augen grundsätzlich suspekt.

Aber der strategische Unterschied zwischen deutschem und polnischem Denken bei diesem Thema könnte nicht deutlicher zum Ausdruck kommen als in der Stimmungsentwicklung gegenüber den USA in dem Jahr *nach dem 11. September 2001*: Bundeskanzler Schröders „uneingeschränkte Solidarität“ hätte auch quasi jeder Pole unterschreiben können. Die Blumen und Kerzen vor der amerikanischen Botschaft in Warschau entsprachen den Bildern aus Berlin. Beide Regierun-

gen wetteiferten um Möglichkeiten, Spezialeinheiten nach Afghanistan zu schicken.

Doch sobald die USA ab dem Frühjahr 2002 immer deutlicher von bewaffneten Aktionen gegen Saddam Hussein zu sprechen begannen, entwickelten sich deutsche und polnische Regierungspositionen diametral voneinander weg – obwohl beide Regierungen von Parteien angeführt werden, die sich sozialdemokratisch nennen, und obwohl keins der beiden Länder um eine direkte militärische Beteiligung gebeten worden wäre. Es ging einzig und allein um die Frage, welche Mittel man gegenüber bedrohlichen Diktatoren einsetzt. Was dann in der letzten Wahlkampfphase vor dem 22. September 2002 von Polen als schierer (neuer) deutscher Antiamerikanismus gesehen wurde, fand in keinem Teil des polnischen politischen Spektrums Zustimmung.

Die Zukunft der Integration: Hierunter fallen alle Grundfragen, die in den Schäuble-Lamers-Papieren aus den neunziger Jahren und der Fischer-Rede von 2000 enthalten sind und die zum Teil gegenwärtig auf dem Verfassungskonvent diskutiert werden: die Frage einer Föderation, das Verhältnis der Nationalstaaten zu den EU-Institutionen, die Rolle starker Regionen, die Verfasstheit der Union etc. Es kommen aber auch andere Grundsatzfragen hinzu wie die der Wirtschaftsordnung zwischen Vereinheitlichung und Deregulierung, wo Polen durchaus „amerikanisierende“ Elemente in die EU hineinbringen könnte. Ganz entscheidend wird bei all diesen strategischen Prioritäten die Frage sein, ob Warschau und Berlin zu gemeinsamen Grundinteressen finden oder vielleicht eher unterschiedlichen Interessenkoalitionen angehören werden.

Bei all den aufgezeigten möglichen Interessenunterschieden sollte nochmals betont werden, wie viel schon in den Neunzigern aus dem Weg geräumt wurde (zum Beispiel werden die Grenze

und Minderheitenfragen wirklich keine Rolle mehr spielen) und wie sehr bereits erfolgte Migration und wirtschaftliche Verflechtung der Partnerschaft ein reales Fundament geben. Trotzdem kann man heute mit Sicherheit davon ausgehen, dass viele der oben genannten Konfliktpotenziale auch eine reale Rolle spielen werden.

Interessengemeinschaft? – Drei Szenarien

Interessengemeinschaft: Das war die Definition des damaligen polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski Ende 1990. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erfreute sich dieser Slogan einer weit verbreiteten Beliebtheit im deutsch-polnischen Kontext, entweder als Situationsbeschreibung oder zumindest als realistische Zielvorgabe.

Mit der inzwischen eingetretenen Verschlechterung der Beziehungen (oder zumindest der Stagnation ihres Aufschwunges) erlebt auch die Vokabel von der Interessengemeinschaft eine Konjunkturschwäche. Dennoch muss sie nicht ad acta gelegt werden, auch wenn – wie vorausszusehen ist – die deutsch-polnischen Differenzen nach der Osterweiterung der EU noch einmal an Schärfe zunehmen sollten. Welche Kurzsznarien lassen sich aufgrund der beschriebenen Bestimmungsfaktoren und Themenpakete auflisten?

Sollte sich, ausgelöst durch innovative Ansätze im Dialog und eine günstige wirtschaftliche Entwicklung, ein *Circulus virtuosus* einstellen, könnten viele Grundprobleme der deutsch-polnischen Beziehungen in den Hintergrund treten. Die Folge wäre eine strategische Partnerschaft, in der Polen wirtschaftlich aufholte und beide, einander ergänzend,

gemeinsame Projekte im Rahmen der Europäischen Union entwickelten. Polen würde dann tatsächlich zu „unserem Frankreich im Osten“ (Friedbert Pflüger).

Das Gegenszenario einer Dauerkrise geht zunächst von einer anhaltenden Rezession in ganz Europa aus: Transformationsstillstand in Polen, Reformstau in Deutschland, eine EU-Osterweiterung, bei der alle wesentlichen Fragen unter den Teppich gekehrt werden, und ein Anwachsen populistischer Bewegungen auf beiden Seiten. Polen würde sich vielleicht sogar auch außerhalb der Agrarpolitik antideutschen Interessenkoalitionen anschließen. Eine insgesamt durch die Umstände der Osterweiterung geschwächte Europäische Union ist auch fatal für das deutsch-polnische Verhältnis.

Muddling-through

Das Muddling-through-Szenario hingegen nimmt an, dass die Verstimmung wegen Vergangenheitsfragen und Interessengegensätzen beim EU-Beitritt ab 2005 wieder an Relevanz verlieren und sich das europäische Wachstum zwar vorübergehend vermindert, jedoch nicht zur Rezession wird. Vorbehalte und Resentiments in beiden Gesellschaften bleiben bestehen, ohne dass sie die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit wesentlich beeinträchtigen.

Welches Szenario wird sich realisieren? Welche der beschriebenen Szenen wird für die deutsch-polnischen Beziehungen des Jahres 2010 signifikanter sein? Man ist versucht zu sagen, die erste Szene, und hoffentlich das erste, schlimmstenfalls aber das dritte Szenario. Eine Garantie dafür gibt es jedoch nicht. Es sind noch viele Anstrengungen nötig, um Hoffnungen zu Wahrscheinlichkeiten zu machen.

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Faltblatt zum Lexikon für Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung bei.